

## **Beitrag der DINO zum Frieden in Nahost**

Symposium in Münster, 27. 1. 2007

### **1. Die kleine Stadt Bethlehem**

Damals, zur Zeit des Kaisers Augustus, war die Sache ziemlich eindeutig mit der Stadt Bethlehem. Die Ordnungsmacht war in Rom. Die hatte ihre Kohorten und Legionen; die marschierten und machten alle nieder, die sich widersetzten. Aufstände waren an der Tagesordnung. An Kreuzen wurden ermordet, die den römischen Frieden störten, den Frieden unter dem Schild der Ordnungsmacht. Pax romana – hieß das. Söldner und Sklaven arbeiteten zigtausend zum Wohl des Sicherheitskonzepts und des römischen Budgets.

Heute zählt ausgerechnet Bethlehem zu den leidenden Orten der Welt. Der Nahostkonflikt lässt die Menschen leiden an der Zerrissenheit in diesem Teil der Welt. Noch vor 20 Jahren war die Mehrheit der Bewohner Bethlehems christlich. Heute sind viele nicht mehr da. Wer eben kann, flüchtet in ein sicheres Land. Bethlehem ist von einer 8 m hohen Betonmauer eingeschlossen. Wie ein riesiges Gefängnis. Um die Mauer zu errichten, wird den Bauern Land genommen, das ihnen seit Generationen gehört. „Aus Gründen der Sicherheit“, heißt es. Bulldozer reißen die Ölbäume aus der Erde.

Bethlehem, Geburtsort Jesu. Kein Ort verkörpert einen solchen Widerspruch zwischen Friedenshoffung und bitterer Realität.

Die kleine Tür zur Geburtskirche in Bethlehem lässt die wenigen Pilger gebeugt eintreten. Sie wollen die Stelle zu sehen, wo die Geburt stattgefunden haben soll. Sie denken an die Hirten, von denen in der alten Geschichte die Rede ist. Das waren solche vom Rande der Gesellschaft, die sich nach nichts als nach Frieden sehnten und nach Auskommen. Gerade sie waren es, die immer am meisten zu leiden hatten, wenn Mächtige und Nutznießer ihre Spiele spielen. Und so ist das bis heute.

### **2. Die Lage ist verzweifelt – auf beiden Seiten**

Selbstmordattentate und Raketen auf die israelische Zivilbevölkerung und militärische Vergeltungsschläge der israelischen Armee fordern immer wieder unschuldige Opfer. Trauer und Ratlosigkeit kämpfen mit der Hoffnung auf Frieden. Ein normales Leben in den Autonomiegebieten ist unmöglich. Der Schulunterricht fällt häufig aus, die medizinische Versorgung ist katastrophal, Arbeitslosigkeit und der wirtschaftliche Zusammenbruch und damit einhergehend eine langfristige Perspektivlosigkeit sind unübersehbar. Viele der fähigen Köpfe resignieren und wandern aus. Sie werden beim Wiederaufbau fehlen. Auch in Israel sind die Auswirkungen auf das öffentliche Leben schwerwiegend. Viele verängstigte Menschen vermeiden es so weit sie können, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen. Die wirtschaftlichen Folgen vor allem durch den weitgehenden Zusammenbruch des Tourismus sind katastrophal. Ein Ausweg ist nicht erkennbar. Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit stumpft allmählich ab, weil sich die Schreckensbilder seit Jahren gleichen.

Es hat wieder Gespräche gegeben zwischen Israels Premier Olmert und dem Palästinenserpräsidenten Abbas, dazu auch Treffen der israelischen Außenministerin mit dem Palästinenser-

präsidenten. Neue Versuche der Befriedung werden verabredet, wie schon oft. Aber Radikale stören den Prozess immer wieder.

### **3. Zwei Staaten - das ist das völkerrechtlich legitimierte Ziel**

Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat 1980 einen Bahn brechenden Beschluss zum Verhältnis zwischen Kirche und Israel gefasst. Darin hat sie eine nach wie vor umstrittene Feststellung getroffen:

„... dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.“<sup>1</sup>

Umstritten ist dabei nicht die völkerrechtliche Legitimität des Staates Israel. Es ist vielmehr die Furcht, mit einer Verallgemeinerung dieser Aussage könnte allerlei Staatlichkeit dem Gottesgnadentum zugeordnet werden. Hier ist aber nichts zu verallgemeinern. Peter Beier, mein Vorgänger im Amt des rheinischen Präses, hat den Satz so interpretiert:

„Die Synode hat hier ihr ehrfürchtiges Staunen darüber ausgedrückt, daß trotz des frevelhaften Versuches unseres Volkes, den Augapfel Gottes nicht nur anzutasten, sondern auszureißen, das jüdische Volk lebt.“<sup>2</sup>

Die Synode hat den Staat als eine politische Realität nicht religiös überhöhen wollen. Vor allem dürfen über die von den Vereinten Nationen gezogenen Grenzen hinaus keine Landansprüche mit biblischen Landverheißungen legitimiert werden, wie das von einigen religiösen Gruppen offensichtlich versucht wird. Soweit territoriale Ansprüche und ihre Bestreitung religiös untermauert werden, bleibt kaum Raum für pragmatischen Ausgleich und vernünftigen Kompromiss. Darum ist der kritische Umgang mit Religion eine unaufgebbare Forderung. Sie wird auch von jüdischer Seite erhoben.

### **4. DINO wirbt um nüchterne pragmatische Lösungen**

DINO sieht die Not und die Interessen beider Seiten und versucht, zu pragmatischen Lösungen aufzurufen.

Dabei ist es erlaubt, eine bestimmte Politik zu kritisieren, sowohl die verwirrenden Streitigkeiten der Palästinenser, wie auch die Politik der derzeitigen israelischen Regierung. Kritische Fragen und Widerspruch gegenüber der Politik der demokratisch gewählten israelischen Regierung müssen selbstverständlich geäußert werden können. Doch kommt es dabei auf Sachlichkeit und Verhältnismäßigkeit an, und die Situation Israels in einer politischen Krisenregion und seine Bedrohung durch den Terrorismus müssen dabei besonders beachtet werden.

Kritik ist nicht schon an sich antisemitisch. Doch sie muss sachgerecht sein. Sie muss berücksichtigen, dass das Recht Israels auf einen eigenen Staat immer wieder bestritten wird. Dagegen und gegen sinnlose Attentate darf sich der Staat zur Wehr setzen. Man kann die Formen, in denen das geschieht, kritisieren, aber nicht den Grundsatz.

Vor allem dürfen Kritiker in ihrer Terminologie dem Antisemitismus keine neue Nahrung geben. Das geschieht, wenn sich diese Kritik gegen die Juden insgesamt richtet oder wenn das

<sup>1</sup> R. Rentdorff / H.H. Henrix, Dokumente ( s. oben Anm. 2) 594

<sup>2</sup> P. Beier, Das Verhältnis von Christen und Juden auf dem Hintergrund der Diskussion in der rheinischen Kirche, Gastvorlesung in Prag 1992, in: *ders.*, Übergänge. Predigten und Reden hg. von C. Bartsch, Düsseldorf 1999, 130

Verhalten der gegenwärtigen Regierung als typisch jüdisch diffamiert wird. Besonders böse aber ist es, wenn den Juden die Schuld am Antisemitismus zurückgespielt und das politische Verhalten der israelischen Regierung als Ursache für das Anwachsen von Antisemitismus bezeichnet wird.

### **5. Israel und Palästina: Zukunft gibt es nur gemeinsam**

Der Anspruch der Palästinenser auf einen organisierbaren Staat darf weder bestritten noch durch Siedlungen, Sicherheitsstraßen und Mauern unmöglich gemacht werden. Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern ist das Gebot, dem jede politische Verantwortung zu folgen hat. Diesem Friedensgebot sind alle politischen Aufgaben zugeordnet. Daher begrüße ich, dass es in Israel selbst viele gibt, die von ihrer Regierung eine Politik einfordern, welche die Kräfte, die den Staat Israel anerkennen, stützen, statt sie durch ungezielte oder gezielte Schläge an die Seite der Radikalen zu treiben.

Vorrangig sind also politische Bemühungen um einen nüchternen Ausgleich der Interessen. Wir wissen, dass solche Bemühungen nur auf lange Sicht erfolgreich sind und sich zuvor in Situationen konkreter Bedrohung durch Gewalt als unzureichend erweisen können. Aus eigener Kraft ist es den beiden Seiten nicht mehr möglich, aus der Konfrontation herauszukommen. Daher fordert DINO einen vereinten Druck der USA, der Europäischen Union und von Russland, um den Frieden im Nahen Osten zu sichern.

### **DINO will den vorhandenen Friedenswillen stärken**

Getragen von der Vision von einer gerechten und gewaltfreien Zukunft versuchen israelische und palästinensische Menschen und Gruppen, Kontakt zueinander zu halten oder mitten im akuten Konflikt das Gespräch wieder aufzunehmen. Auf dem Hintergrund der Hoffnung setzen sich den Frieden wünschende Palästinenser ab von der abwegigen Märtyrer-Ideologie der Terroristen.

Trotz der materiellen Not, trotz der bedrückenden Besatzungssituation und trotz der täglichen Gewalt sind sowohl bei unseren palästinensischen wie auch bei unseren israelischen Gesprächspartnern die Hoffnung und der Wille zur Versöhnung ungebrochen. "Das Wohlergehen des einen Volkes hängt vom Wohlergehen des anderen Volkes ab" - so der ev.-luth. Pfarrer Shehadeh aus Beit Jala. Diese Überzeugung wurzelt in der Vision, dass es nur eine gemeinsame Zukunft beider Völker im Heiligen Land geben kann und dass der Tag kommen wird, an dem das Existenzrecht gegenseitig garantiert und respektiert wird.